



2017/32 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2017/32/angriff-mit-ansage>

Der Messerangreifer von Hamburg war als islamistischer Fanatiker bekannt

Angriff mit Ansage

Von **Gaston Kirsche**

Hinweise auf die islamistische Fanatisierung des Hamburger Messerangreifers lagen der Polizei und dem Staatsschutz vor. Sie wurden ignoriert.

Der Hergang der Tat ist mittlerweile bekannt: Im Edeka-Supermarkt auf der Fuhlsbüttler Straße in Hamburg-Barmbek herrscht am Nachmittag des 28. Juli viel Betrieb, Menschen erledigen ihre Wochenendeinkäufe. Der 26jährige Ahmad A. nimmt ein großes Messer aus einer Ablage, reißt es aus der Verpackung und sticht auf einen 50jährigen Mann ein. Der angegriffene Mathias P. hat keine Chance, Ahmad A. trifft ihn ins Herz. Dann sticht der Angreifer auf zwei weitere Männer ein. Anschließend rennt er auf die Straße, ruft Augenzeugen zufolge »Allahu akbar«. Er greift ein Paar an, das gerade seine Fahrräder abstellen will, und verletzt die Frau. Mit dem blutverschmierten Messer geht er die Straße entlang, ruft erneut »Allahu akbar« und versucht, auf weitere Menschen einzustechen. Sechs Männer stellen sich Ahmad A. in den Weg, halten ihn mit Stühlen aus dem Café Coban auf Distanz, bewerfen ihn mit Steinen, treiben ihn in die Enge, bis einer ihn mit einer Eisenstange niederschlägt. Eine Zivilstreife der Polizei taucht auf, hält das Geschehen zunächst für eine Schlägerei, gibt einen Warnschuss ab und nimmt den Messerangreifer schließlich fest. Ein Toter, mehrere Schwerverletzte, deren Zustand aber nach Operationen stabil ist – das ist die Bilanz der Attacke. Die »Allahu akbar«-Rufe, die Zeugen schildern, deuten auf einen islamistischen Hintergrund hin.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) sagte noch am Abend nach der Tat: »Offensichtlich handelte es sich um einen Ausländer, der ausreisepflichtig war, aber nicht abgeschoben werden konnte, weil er keine Papiere hatte.« Scholz beschäftigte sich in seiner Stellungnahme kaum mit dem Messerangriff selbst und dem möglichen Tatmotiv. Er nutzte – wie auch zahlreiche Bundespolitiker von SPD und Union in ihren Aussagen – die Gelegenheit, eine Verschärfung der Abschiebepraxis zu fordern: »Das zeigt umso dringlicher, dass diese rechtlichen und praktischen Hindernisse bei der Abschiebung beiseite geräumt werden müssen. Diese Gewalttäter setzen darauf, unsere freie Gesellschaft mit Angst zu vergiften.«

Die Flüchtlingsunterkunft in Hamburg-Langenhorn, in der Ahmad A. lebte, wurde von einer schwerbewaffneten Antiterrorereinheit durchsucht. Sie fand in einem Spind in dem zwölf Quadratmeter großen Zimmer, das sich der mutmaßliche Täter mit einem zweiten Flüchtling teilte, einen etwa zehn mal 15 Zentimeter großen Wimpel mit einem Symbol des »Islamischen Staats« (IS).

Vor dem Supermarkt ist mittlerweile ein kleiner Gedenkort entstanden. Menschen haben Kerzen, Grablichter und Blumen niedergelegt, auch Beileidsbekundungen und kurz niedergeschriebene Zeilen. Die Aussagen reichen von »Barmbek hat Herz, Barmbek hilft« bis hin zu »An diesem schrecklichen Anschlag trägt die Politik Schuld, die so viele Ausländer ins Land gelassen hat«. Auch eine Woche später bleiben immer wieder Passanten stehen und verweilen einen Moment, manche legen neue Blumen dazu.

Die allermeisten hier dürften wissen, wer den Messerangreifer aufgehalten hat. Der Hamburger Senat hat schnell reagiert und sieben Männer für ihre Zivilcourage mit dem Ian-Karan-Preis geehrt. Fünf der sieben kennen sich aus der As-Sahaba-Moschee, die vor drei Jahren in einer ehemaligen Sparkassenfiliale einen Häuserblock vom Edeka-Markt entfernt eröffnet wurde. Einige von ihnen tranken nach dem Freitagsgebet im Café Coban gerade einen Tee, als der Messerangriff begann. Am Gedenkort ist ein Gruppenfoto mit dem Text »Dank an die Barmbeker Helden« zu sehen. Ahmad A. soll versucht haben, mit seinen Widersachern zu reden: »Aber euch meine ich doch nicht, ich will Christen töten.«

Die Attacke hat im Stadtteil den Eindruck eines Terrorangriffs hinterlassen und insbesondere viele der in Barmbek wohnenden älteren Menschen in Angst und Schrecken versetzt. Sowohl Bürgermeister Scholz als auch Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) vermieden es jedoch, von einem terroristischen Akt zu sprechen – ebenso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (beide CDU). Auch als die Bundesanwaltschaft nach fünf Tagen die Ermittlungen übernahm, mochte kaum jemand offiziell von einem terroristischen Angriff reden. Dabei entspricht der Barmbeker Anschlag der bekannten IS-Strategie: »Ungläubige« sollen da angegriffen werden, wo sie leben, mit dem, was gerade zur Hand ist – und sei es eben ein Küchenmesser aus dem Sortiment »Edeka zuhause«.

Innensenator Grote wies während einer Pressekonferenz auf einen Widerspruch hin zwischen der Tatsache, dass Ahmad A. psychisch labil sei, und den Anhaltspunkten für ein islamistisches Motiv. Einen solchen Gegensatz zu konstruieren, halten nicht nur Flüchtlingsbetreuer für realitätsfern. Auch der Psychologe Ahmad Mansour hat festgestellt, dass psychische und persönliche Krisen die Empfänglichkeit für islamistische und jihadistische Ideologien erhöhen. Die Geschichte des mutmaßlichen Täters in Hamburg zeigt, dass es nicht nur an psychosozialer Unterstützung für Flüchtlinge mangelt. Ein Mitbewohner aus der Flüchtlingsunterkunft hatte der Polizei bereits Anfang 2016 gemeldet, dass Ahmad A. laut bete, in andere Zimmer eindringe und »Allahu akbar« rufe. Eine Mitarbeiterin eines Flüchtlingscafés hatte dem Spiegel zufolge die Polizei darauf hingewiesen, dass Ahmad A. in einem langen, typisch salafistischen Gewand aufgetaucht sei und gedroht habe: »Der Terror wird auch hierher kommen.« Diese und weitere Hinweise blieben jedoch folgenlos.

Dabei wäre es so naheliegend wie notwendig, auf Warnungen von Flüchtlingen und Betreuern vor religiösen Fanatikern zu hören – schließlich werden meist andere Flüchtlinge

zuerst zum Ziel von Tugendterror und physischen Angriffen in Unterkünften. Für solche Vorfälle ist die Aufmerksamkeit jedoch gering. »Er ist einer von 800 gespeicherten Islamisten«, sagte Torsten Voß, der Leiter des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz, nach der Tat über Ahmad A. Ein Staatsschützer des Hamburger Landeskriminalamts, dem die Warnungen vor Ahmad A. zu Ohren gekommen waren, versuchte Angaben des Spiegel zufolge sogar, den jungen Mann als Informanten zu gewinnen. Als Ahmad A. dies ablehnte, verlor der Staatsschutz das Interesse an ihm – bis zu jenem Freitagnachmittag Ende Juli.